

Mitteilungen Monatsversammlung November 2020 vom Präsident

Sektor 1 und syndicom allgemein

Leider muss aufgrund der ausserordentlichen Corona Situation die Gedenkfeier von Syndicom vom 7. November 2020 in der Kirche abgesagt werden.

Betr. der Pensionierten-Ausflüge der Post hatte ich inzwischen Kontakt mit Matteo Antonini, Leiter Logistik bei syndicom. Trotz Protesten von syndicom ist die Post nicht bereit mit der Gewerkschaft über die fringe benefits zu verhandeln.

Inzwischen haben Thomas Burger, Präsident der IG Pensionierten und ich zusammen letzte Woche einen Brief kreiert welcher nun dem Ceo der Post, Roberto Cirillo zugesandt wird, mit Kopie an Corrado Pardini welcher syndicom im Verwaltungsrat vertritt.

In dem Brief wird klargestellt, dass wir eine Sparübung der Post auf Kosten der Pensionierten nicht akzeptieren können. Wir wünschen uns auch eine Antwort warum die Pensionierten in dieser Frage nicht angehört wurden. Ausserdem haben wir die Angebote für Pensionierten von Firmen vergleichbarer Grösse wie Coop, Migros etc. erwähnt, welche bedeutend besser sind. Von der Chemischen Industrie nicht zu sprechen.

Klar ist jetzt schon, dass sich die Post auf den Standpunkt stellen wird, dass die fringe benefits ein Goodwill der Post sind und nicht in die Verhandlungen mit den Gewerkschaften gehören.

Ich habe mal 35 Taschenkalender von syndicom bestellt. Wann ich sie bekomme und ob wir uns überhaupt vor dem März hier noch treffen ist offen. Wer gerne einen Taschenkalender hätte kann mir das heute schon sagen und ich werde ihn dann per Post zustellen. Paul hast du so viele Briefmarken?

Der Abriss bzw. Rückbau des Gebäudes Basel 2 verzögert sich. Die Räumlichkeiten können sicher noch bis zum 31. März 2023 benutzt werden. Wie es mit dem Restaurant Oase aus sieht weiss ich nicht.

IG Pensionierte

An der Retraite welche an 3 Vormittagen via Videokonferenz stattfand sind 2 wichtige Papiere genehmigt worden. Konzept Sozialpolitik und Leitfaden zu anderen Vorhaben. Wenn es nun in die Umsetzung geht, ist es notwendig sich entsprechend zu organisieren und die Leute einbeziehen die mitwirken wollen. Thomas Burger kann nicht überall den Lead übernehmen. Die Arbeit und Verantwortungen sind auf mehrere Schultern zu verteilen. Es geht darum effizient und effektiv zu sein.

Aktueller Stand des Vorhabens, Aufbau und Entwicklung Webseite resp. die Kommunikation generell: Christian Cappacol hat die Führungsfunktion abgegeben. Mark Herbst nimmt nun eine Koordinations- und Unterstützungsaufgabe wahr. Patrizia Mordini unterstützt bei Bedarf unsere Anliegen gegenüber syndicom (Finanzen, IT, etc.). Das Ziel hat sich nicht verändert die Webseite soll am 1. Januar 2021 aufgeschaltet werden. Dazu braucht es einen Start mit attraktiven Inhalten. Inhalte sollten bis 15. November vorliegen. Themen sollen vor allem die Sozialpolitik sein

1. Altersvorsorge Initiative 13. AHV-Rente / Pensionskasse Verantwortlich Therese Wüthrich.

2. Digitalisierung Verantwortlich Thomas Burger.

3. Service Public (Thema GL-Papier Kongress 2021) Verantwortlich noch offen. Franz Baumann wird angefragt. Als Ersatz event. Hans Preisig.
4. Gesundheit, Prämien-Entlastungs-Initiative (Gesundheitskosten) Verantwortlich: Eric Voruz wird angefragt. Vorteil es wäre auch Jemand aus dem Welschland dabei. Als Ersatz event. Theres Wüthrich.

Wir IG Pensionierte werden uns nun auch stärker und vertiefter mit dem Service public befassen.

Der Service public kann sich dem digitalen Wandel nicht entziehen.

Aber wir wollen natürlich nicht, dass diese Transformation zu Lasten bestimmter Bevölkerungsgruppen geht, wie bei uns älteren Menschen.

Deshalb haben auch wir unsere Forderungen an den Service public was die Zugänglichkeit und Verfügbarkeit der Dienstleistungen anbelangt.

Auch da sollten Unternehmen wie die Post die Anliegen und Meinungen der älteren Generationen aufnehmen.

Wir können auch gemeinsam Zukunft gestalten zum Wohle aller.

Im weiterem bestehen noch verschiedene Arbeitsgruppen bei denen man sich einbringen kann. Dazu muss man nicht im einem Vorstand sein.

Politik allgemein

Die easyJet Switzerland Pilots Association (ESPA), die Pilotengewerkschaft von easyJet Schweiz, hat im Sommer 2020 die Mitgliedschaft im Schweizerischen Gewerkschaftsbund beantragt. Die ESPA, die rund 90 Prozent der Easyjet-Piloten vertritt, wäre die erste Pilotenorganisation, die dem Schweizerischen Dachverband beitreten würde. Für den ESPA-Vorstand wird die Zugehörigkeit zum SGB mit Blick auf die bevorstehenden Diskussionen und Verhandlungen über die Restrukturierung des Unternehmens stärken.

Corona hat auch etwas Gutes. Der SVP fehlten am Schluss weniger als 2000 Unterschriften für das Referendum gegen die Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose.

Damit ist das neue Sozialwerk in trockenen Tüchern. Die SVP war die einzige Partei, die gegen die Überbrückungsrente kämpfte. Diese kommt denjenigen Personen zugute, die wenige Jahre vor ihrer Pensionierung ausgesteuert werden. Die Rente soll verhindern, dass sie in die Sozialhilfe abrutschen.

Nun, da es keine Abstimmung gibt, dürfte die Überbrückungsrente auf den 1. Januar 2021 eingeführt werden.

300'000 bis 500'000 ältere Menschen sind jährlich von Gewalt betroffen – sowohl zu Hause als auch in Heimen. So der Bericht des Bundesrates „Gewalt im Alter verhindern“.

Das Ausmass ist wahrscheinlich noch weit grösser es ist von einer grossen Dunkelziffer auszugehen, denn das Thema ist oft ein Tabu. Ältere Menschen werden kaum Pflegende oder Familienangehörige anzeigen, auf die sie angewiesen sind. Oftmals wollen sie auch nicht wahrhaben, was sie an Gewalt und Vernachlässigung erleben.

Der Bericht zeigt klar den Handlungsbedarf auf – zum Schutz der Älteren, aber auch zur Entlastung der Betreuungspersonen. Wie gehen wir als Gesellschaft mit dem Alter und mit dem Altern um? Während sich - meist weibliche - Angehörige selbstlos um ihre Lieben kümmern, sprechen gewisse Medien vom „grauen Tsunami“:

Unternehmen scheuen nicht davor zurück, ältere Arbeitnehmende einfach auf die Strasse zu stellen. In der Gesundheitsforschung wird oft das Alter ausser Acht gelassen.

Wie der Bundesrat noch vor wenigen Jahren behaupten konnte, gegen die Gewalt im Alter werde schon genug gemacht, ist unverständlich. Ob er den Ernst der Lage inzwischen tatsächlich erkannt hat? Während unzählige Seniorinnen und Senioren weiterhin Gewalt, Erniedrigung und Diskriminierung erdulden müssen, will die Landesregierung neuerdings abklären, ob allenfalls ein Impulsprogramm nötig wäre! Es braucht eine Nationale Strategie zur Bekämpfung von Gewalt gegen ältere Menschen.

Der SGB spricht sich gegen die Senkung des Mindestzinses in der beruflichen Vorsorge aus. Er hatte in seiner Anhörung eine Beibehaltung des Zinssatzes bei 1 % gefordert. Leider hat die BVG-Kommission mit einer knappen Mehrheit beschlossen, dem Bundesrat eine weitere Senkung des Mindestzinses von 1 % auf 0.75 % zu empfehlen. Dadurch destabilisiert sie das bereits arg strapazierte Vertrauen der Versicherten in die 2. Säule ohne Grund. Seit Jahren sinken die Umwandlungssätze und die Renten der Pensionskassen, während die Versicherten immer höhere Beiträge zahlen müssen. Eine Senkung des Mindestzinses quasi auf Vorrat entspricht nicht dem Willen des Gesetzes. Es sieht vor, dass der Mindestzins so festzulegen ist, dass die Anlageerträge den Versicherten gutgeschrieben werden. Er soll über mehrere Jahre hinweg ungefähr den Erträgen entsprechen, die ein angemessenes Pensionskassenportfolio erzielt. Das ist bei einer Senkung nicht mehr der Fall. Darum hat sich auch eine klare Mehrheit der angehörten Sozialpartner dagegen ausgesprochen.

Die Vorsorgeeinrichtungen sind mit einer äusserst soliden Ausgangslage in das Jahr 2020 gestartet, 2019 gilt als das Jahr mit der besten je gemessenen Performance. Und auch die durchschnittliche Jahresperformance der letzten zehn Jahre betragen je nach Quelle fast 5 %. Zudem sind die Wertschwankungsreserven der Pensionskassen gut gefüllt und ihre finanzielle Situation wird von der Oberaufsicht über die berufliche Vorsorge als auch in der vor kurzem veröffentlichten Pensionskassenstudie der Swisscanto als stabil erachtet.

Die Deckungsgrade lagen per Ende Juni im Durchschnitt bei 107.9 Prozent und damit wieder höher als Ende 2018.

In diesem Umfeld eine weitere Senkung des Mindestzinses vorzuschlagen, missachtet die langfristige Perspektive, welche die Stärke der 2. Säule darstellen sollte. Der SGB fordert den Bundesrat auf, diesen Fehler zu korrigieren, den Mindestzins bei 1 Prozent zu belassen und nicht auf den knappen Beschluss der BVG-Kommission einzugehen. Der Sturzflug bei den Renten muss dringend gestoppt werden.

Die Wirtschaft ist sehr unterschiedlich von der Corona-Krise betroffen. Es gibt viele Wirtschaftszweige, in denen es gut bis sehr gut läuft. Angesichts der mangelnden Lohnentwicklung in den letzten Jahren fordern die SGB-Verbände Lohnerhöhungen von bis zu 100 Franken pro Monat oder bis zu 2 Prozent in denjenigen Branchen und Betrieben, wo dies wirtschaftlich möglich ist.

In zahlreichen Branchen mussten die Beschäftigten während der Krise einen Sonder-Effort leisten. Allen voran in Teilen der Spitäler, aber auch in der Logistik oder in Teilen der öffentlichen Verwaltung. Gleichzeitig läuft es in vielen Wirtschaftszweigen gut bis sehr gut. Dort sind substanzielle Lohnerhöhungen möglich.

In den letzten Jahren stagnierten die Löhne trotz gutem Wirtschaftsgang. Erst 2019 gab es nach zwei schlechten Jahren wieder einen Reallohnanstieg, und zwar von rund 0.5 Prozent. Angesichts der guten Wirtschaftsentwicklung mit einem Wachstum des Bruttoinlandproduktes von 5.9 Prozent (2017 bis 2019) war dies völlig ungenügend. Deshalb sind Lohnerhöhungen dringend nötig.

Schon seit der Finanzkrise wehren sich die Arbeitgeber mit dem Krisenargument gegen adäquate Lohnerhöhungen. Wie bereits damals gezeigt, ist die reale wirtschaftliche Lage besser. Das globale Krisenargument zieht nicht. In den Branchen mit gutem Geschäftsgang braucht es substantielle Verbesserungen. Auch in den Krisenbranchen mit Kurzarbeit sollen die Arbeitgeber den vollen 13. Monatslohn bezahlen. Und wo aktuell noch Kurzarbeit beansprucht wird, fordert der SGB die Firmen auf, die Löhne der gering Verdienenden auf 100 Prozent aufzustocken, wie das bereits verschiedene Firmen tun.

Der SGB lehnt die von der Ständeratskommission vorgelegten Eckwerte der Reform AHV21 klar ab. Anstatt sich der realen Problematik der tiefen AHV-Renten anzunehmen, setzt die SGK-S weiterhin auf eine Erhöhung des Frauenrentenalters. Doch Frauen sind bereits heute in der Altersvorsorge stark benachteiligt. Eine Abbauvorlage auf dem Buckel der Frauen ist ein klares Tabu.

Der SGB ist überzeugt: eine bei der Stimmbevölkerung mehrheitsfähige Reform der AHV kann nur gelingen, wenn sie die Rentenhöhe als Ausgangspunkt nimmt. Die Anpassungen aufgrund des Mischindex berücksichtigen die Lohnentwicklung nur ungenügend. Die AHV-Renten sind deshalb immer weniger wert – und dies bei massiv steigenden Gesundheitskosten und Mieten. Gleichzeitig befinden sich die Renten aus der Pensionskasse seit Jahren im Sturzflug und drohen weiter zu sinken. Da bleibt immer weniger zum Leben übrig.

Mit der vorgesehenen Erhöhung des Frauenrentenalters verlieren die Frauen bis Ende des Jahrzehnts 8.8 Mrd. Franken an Rentenleistungen. Es geht nicht an, dass diese Reform jene bezahlen sollen, die bereits heute am Schlechtesten gestellt sind. Der SGB wird alles daransetzen, diese inakzeptable Entwicklung im Parlament zu verhindern.

Die Corona-Pandemie hat den Arbeitsmarkt durchgeschüttelt. Dies betrifft auch die Berufslehren. Im Frühjahr kamen darum Befürchtungen auf, dass Schulabgänger*innen dieses Jahr nur mit Mühe eine Lehrstelle finden würden. Dank der Nationalen Task Force „Perspektive Berufslehre 2020“, in der auch der SGB mitarbeitet, konnte dieses Szenario verhindert werden: 76'500 Lehrverträge sind zustande gekommen, per September 2020 konnten somit sogar mehr Jugendliche eine Berufslehre in Angriff nehmen als 2019. Auch die Arbeitslosigkeit von Lehrabgängerinnen und Lehrabgängern hat sich trotz Pandemie-Situation im Sommer nicht mehr verschärft als in anderen Jahren.

Trotz der momentan entspannten Situation für Schul- und Lehrabgänger*innen, gilt es jedoch wachsam zu bleiben. Die Task Force „Perspektive Berufslehre 2020“ hat ihr Mandat bis Ende 2020 und wird die Situation auch hinsichtlich Berufswahlprozess der Schulabgänger*innen 2021 eng begleiten. Der SGB wird den Lehrstellenmarkt und die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit weiterhin beobachten und bei Bedarf weitere Massnahmen fordern.

Immer mehr junge Arbeitnehmende werden mit Praktikumsverträgen angestellt. Die Folge sind schlechte Arbeitsbedingungen und Dumpinglöhne. Der Bundesrat sieht die Kantone in der Pflicht. Um den Druck auf diese zu erhöhen, lanciert der

Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB mit seiner Jugendkommission eine flächendeckende Welle von Vorstössen in den Kantonen. Besonders prekär ist die Situation jener Jugendlichen, die im Gesundheits- und Betreuungsbereich vor einer Berufslehre teils sehr lange Praktika absolvieren müssen. Oftmals befinden sich junge Menschen auch in der Situation, dass ihr Praktikum immer wieder verlängert wird mit dem Versprechen, es folge bald eine Festanstellung. In solchen Fällen handelt es sich klar um Lohndumping. Junge Menschen werden in Praktikumsverträge zu tiefen Löhnen gezwungen, mit fatalen Folgen: Die Praktikumlöhne reichen für die Jungen nicht zum Leben und sie ersetzen Festangestellte mit höheren Löhnen.

Grundsätzlich sollten Praktika nur in ganz spezifischen Konstellationen nötig sein, wie beispielsweise im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktintegration. Praktika müssen hierbei eine Ausbildungskomponente beinhalten. Der SGB fordert zudem, dass Praktika vor der Lehre – insbesondere im Pflege- und Betreuungsbereich – verboten werden. Zusätzlich soll die Dauer von anderen Praktika auf sechs Monate befristet werden, und eine angemessene Betreuung während dieser Ausbildungszeit muss garantiert werden.

Hans Preisig